

## **GEW NRW fordert Priorität für Bildung**

### **Wahlsieger müssen liefern!**

**Die GEW NRW gratuliert der CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Armin Laschet zum eindeutigen Wahlerfolg und bietet dem künftigen Ministerpräsidenten Kooperation bei der Umsetzung der bildungspolitischen Ziele an.**

Wie auch immer die künftige Regierung aussehen mag und wer die Verantwortung für die Schul- und Bildungspolitik übernehmen wird, die Bildungsgewerkschaft setzt auf „Priorität und mehr Geld für die Bildung!“

„Wahlsieger Armin Laschet muss – auch nach eigenem Bekunden – jetzt beweisen, dass er und seine künftige Regierung es besser können“, erklärte die Vorsitzende der GEW NRW Dorothea Schäfer zum Ausgang der Landtagswahl in Essen. „Wir gehen davon aus, dass Angebote für mehr Beteiligung, wie die Bildungskonferenz und andere ‚Runde Tische‘, die sich in der letzten Legislaturperiode etabliert haben, fortgesetzt und fruchtbare politische Dialoge für bessere Bildung geführt werden.“

Einmal mehr habe sich bestätigt, dass man mit Schul- und Bildungspolitik keine Wahl gewinnen, sondern nur verlieren könne. Wahlanalysen zufolge habe die Umsetzung der Inklusion und das Thema Schulzeitverkürzung (G8/G9), ganz maßgeblich zur Abwahl von Rot-Grün beigetragen. Die Bildungsgewerkschaft fühle sich hier, so Dorothea Schäfer, in ihrer seit Langem vorgetragenen Kritik bestätigt. Lehrkräfte und Beschäftigte in den Schulen und Bildungseinrichtungen erwarteten zu Recht eine deutliche Reduzierung der Arbeitsbelastungen.

In anderen Feldern der Bildungspolitik habe die rot-grüne Landesregierung aber unbestreitbare Erfolge vorzuweisen. Der Schulkonsens und die Ausweitung des längeren gemeinsamen Lernens mit zahlreichen Gesamtschul- und Sekundarschulgründungen sowie auch der dem Elternwillen folgende Ausbau des Ganztags gehörten dazu. „Die Einführung der ‚schwarzen Pädagogik‘ an den Schulen zu Zeiten der Rüttgers-Regierung ist sehr schnell rückgängig gemacht worden. Vor einem schulpolitischen Roll-Back in diese unseligen Zeiten warnen wir ganz ausdrücklich.“ Auch die Initiative „Kein Kind zurücklassen“ sei hervorzuheben. Insbesondere an den Hochschulen – von der Abschaffung der Studiengebühren bis zur besseren Finanzierung und zu Vereinbarungen über „Gute Beschäftigungsbedingungen“ – habe es deutliche Fortschritte gegeben.

Dorothea Schäfer unterstrich abschließend: „Wir hoffen, dass dieser Kurs auch unter der neuen Landesregierung fortgesetzt wird. Die GEW NRW erwartet eine konsequente Politik für mehr Bildungsgerechtigkeit, Ungleiches muss ungleich behandelt werden. Starke Impulse für das längere gemeinsame Lernen sind notwendig. Zur Inklusion gibt es keine Alternative.“

**Berthold Paschert** | Pressesprecher

berthold.paschert@gew-nrw.de | +49 1707319970

Essen, 15. Mai 2017

[www.gew-nrw.de/presse](http://www.gew-nrw.de/presse)